

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

3. Sitzung

09.10.15

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

3. Sitzung

am 9. Oktober 2015

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Dr. Buhlert (FDP)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Güngör (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinnens (CDU)
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Schierenbeck (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Tuchel (SPD)

außerdem sind anwesend:

Frau Holsten		von der Senatskanzlei
Herr Meyer-Stender		Vizepräsident des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Frau Bleiker)	
Herr Fehren)	
Frau Krause-Nicolai)	
Herr Meyer)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Dr. Saebetzki)	
Herr Schneider)	
Herr Sommer)	
Herr Trottnow)	
Herr Voss)	
Frau Moning		von der Senatorin für Bildung und Kinder
Herr Kindscher)	vom Senator für Kultur
Herr Dr. Mackeben)	
Herr Kahn)	von der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport
Herr Rauscher)	
Herr Armstroff)	
Frau Blohm)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Ullrich)	
Herr Wagener)	
Herr Kommer		Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen- Mitte GmbH & Co. KG (GEG)
Frau Neubauer		B.E.G.IN BremerExistenzGründungsINitiative
Herr Winsemann		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Frau Marx)	von der FDP-Fraktion
Herr Reetz)	
Herr Segelken)	von der ALFA-Gruppe-Bremen
Herr Schellong)	
Herr Castendiek		Praktikant bei der Bürgerschaftskanzlei
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.42 Uhr.

Öffentlicher Teil

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, die von der Finanzverwaltung als Tischvorlage verteilte Vorlage „Nachbewilligung zugunsten des Kunstvereins e. V.“ unter „Verschiedenes“ zu beraten.

I. Protokoll

1. Protokoll der 2. Sitzung am 18. September 2015

Dieser Tagesordnungspunkt wurde ausgesetzt.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 18. September 2015 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

3. Sonstiges

3.1 Vorbereitung der Haushaltsberatungen 2016/2017 Wahl der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) für die Produktpläne - Vorlage: Auflistung der Produktpläne der Bereiche und Ressortbereiche -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts-

und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.1, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste der Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) für die Haushaltsberatungen 2016/2017.

3.2 Termine 2016 - Vorlage vom 8. September 2015 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.2, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2016 entsprechend der Vorlage mit der Maßgabe, dass die Februar-Sitzung 2016 nicht am 19. Februar sondern abweichend am 17. Februar 2016 stattfindet.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar - Juni 2015 - Vorlage 19/11 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juni 2015 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig zur Deckung der Mehrausgaben aufgrund des TV-L Abschlusses 2015 und der Besoldungs-/Versorgungsanpassung der vorgeschlagenen Verwendung der zentral im Haushalt 2015 eingestellten Vorsorgemittel im Personal- und Sachhaushalt in Höhe von 17,18 Mio. € zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig zur der Deckung der Mehrausgaben durch den TVÖD Abschluss 2014/2015 der vorgeschlagenen Verwendung der zentral im Haushalt 2015 eingestellten Vorsorgemittel im Personal- und Sachhaushalt in Höhe von 6,1 Mio. € zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt der vom Senator für Kultur vorgeschlagenen haushaltsneutralen Auflösung der veranschlagten globalen konsumtiven Minderausgabe in Höhe von 1,2 Mio. € durch Heranziehung der global veranschlagten investiven Mehrausgabe zu.

2.2 Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen 2015

hier:

- 1. Bericht Sozialleistungen Januar bis Juni 2015 einschließlich Hochschätzung (Stand Juni 2015)**
 - 2. Aufhebung von Sperrern im Haushalt der Sozialleistungen**
 - 3. Sicherstellung des weiteren Haushaltsvollzugs bis zur Beschlussfassung über einen Nachtragshaushalt**
- Vorlage 19/34 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen Januar bis Juni 2015 einschließlich der Hochschätzung (Stand Juni 2015) zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig die Aufhebung der Sperrern bei 0410/973 10-3 „Globale Mehrausgaben Sozialleistungen“ und 3412/973 10-0 „Globale Mehrausgaben Sozialleistungen“ i. H. v. jeweils 5,0 Mio. Euro sowie bei 3471/973 10-8 „Globale Mehrausgaben Asyl“ im Haushalt der Sozialleistungen i. H. v. 7,6 Mio. Euro.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die notwendige gesetzliche Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Sozialleistungen fortführt. Die daraus resultierenden haushaltsmäßigen Bedarfe 2015, die nicht mehr im Bestandsbudget der Haushalte L+G Bremen abgedeckt werden können, sollen im Nachtragshaushalt 2015 durch die Senatorin für Finanzen dargestellt werden.

2.3 Produktgruppe 93.01.07 Verwaltung und Infrastruktur

30/20 Mio. €- Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI)

hier: **Bericht über die Berücksichtigung der UVI-Einspareffekte bei der Eckwertaufstellung**

- Berichtsbitte Nr. 6 der Auftragsliste -**
- Vorlage 19/35 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.3, nimmt der Haushalts- und Finanzaus-

schuss (Stadt) die Berücksichtigung der UVI-Einspareffekte bei der Eckwerteaufstellung 2016/2017 zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, einen abschließenden Bericht zum Projekt „Roter Sand“ nach der Sommerpause 2016 vorzulegen.

2.4 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2015
- Vorlage 19/48 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.4, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30. Juni 2015 zur Kenntnis.

2.5 Fristverlängerung für Berichtsbitten
- Vorlage 19/36 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.5, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) der Fristverlängerung für Berichtsbitten mit der Maßgabe zu, dass zukünftig für die lfd. Nr. 7 a der Auftragsliste, Berichterstattung über die finanzielle Situation der Gesundheit Nord, eine zweimonatige Berichterstattung erfolgt.

2.6 Bericht über ein Konzept zur Anpassung der Liegegebühren an der Schlachte/Tiefer
- Berichtsbite lfd. Nr. 20 der Auftragsliste -
- Vorlage 19/37 S -

Abg. Herr Eckhoff erklärt, die CDU-Fraktion sei mit dem in der Vorlage dargestellten Konzept zur Anpassung der Liegegebühren an der Schlachte/Tiefer nicht zufrieden. Eine Erhöhung der Liegegebühren von rund 24.300 Euro im Jahre 2015 auf rund 32.000 Euro im Jahr 2016 sei nicht annähernd ausreichend, um die laufenden Betriebskosten in Höhe von rund 250.000 Euro zu decken. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb, Ziffer 2 der Beschlussempfehlung wie folgt neu zu fassen:

„2. Der Haushalts- und Finanzausschuss modifiziert seine Berichtsbite Nr. 20: „Der Haushalts- und Finanzausschuss erwartet vom Senator für Wirt-

schaft, Arbeit und Häfen, dass bis zum 31.12.2016 ein höherer Kostendeckungsgrad an der Schlachte und der Tiefer erreicht wird und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, ihm bis Ende 2016 über die erfolgten Maßnahmen und deren erzielte Ergebnisse zu berichten.““

Herr Peters erwidert, dass das in der Vorlage dargestellte zukünftige Konzept zur Erhebung der Liegegebühren an der Schlachte und der Tiefer vorsehe, eine Erhebung einer Nutzungsgebühr über die Hafengebührenordnung vorzunehmen. Dadurch wäre es grundsätzlich möglich, einen höheren Kostendeckungsgrad über die Anpassung der Gebührentatbestände in der Hafengebührenordnung zu regeln. Soweit grundsätzlich von kostendeckenden Liegegebühren an der Schlachte gesprochen werde, bitte er zu beachten, dass nur durch eine Verzehnfachung der derzeitigen Liegegebühren die aktuell entstehenden laufenden Kosten gedeckt werden können. Eine solche Maßnahme habe jedoch erhebliche Auswirkungen auf regionalwirtschaftliche Konzepte, insbesondere Tourismuskonzepte im Bereich der Schlachte.

Abg. Herr Eckhoff entgegnet, dass unabhängig von der Frage der Erreichung eines 100prozentigen Kostendeckungsgrades der bislang bestehende beziehungsweise für 2016 vorgesehene Kostendeckungsgrad in Anbetracht der laufenden Kosten von jährlich rund 250.000 Euro völlig unzureichend sei. Hier müsse nachgebessert werden.

Abg. Herr Rupp erinnert daran, dass die aktuelle Berichtsbitte auch einen Prüfauftrag dahingehend enthalten habe, auch die Möglichkeit der Vereinbarung umsatz- beziehungsweise gewinnabhängiger Liegegebühren zu berücksichtigen. Hierüber treffe die Vorlage jedoch keinerlei Aussage.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Buhlert erklärt **Herr Peters**, dass eine zeitnahe Umstellung auf die Hafengebührenordnung, wie in der Vorlage dargestellt, problemlos möglich sei. Gegenwärtig bestünden mit den Anliegern lediglich Nutzungsverträge, die bis auf einen Fall mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist kündbar seien. In diesem einen Falle bestehe allerdings eine Vertragsbeendigungsmöglichkeit erst im Jahre 2023.

Abg. Herr Liess führt aus, er sei grundsätzlich mit der von der CDU-Fraktion beantragten Änderung der Ziffer 2 der Beschlussempfehlung einverstanden. Er weist jedoch darauf hin, dass mit dem nunmehr gewählten Verfahren der Einbeziehung der Hafengebührenordnung für die Liegeplätze an der Schlachte und der Tiefer eine Erhöhung des Kostendeckungsgrads nur durch eine entsprechende Anpassung dieser Gebührenordnung möglich sei. Dies werde zeitlich erst ab dem Jahre 2017 möglich sein.

1. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) modifiziert seine Berichtsbitte Nr. 20: „Der Haushalts- und Finanzausschuss erwartet vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, dass bis zum 31.12.2016 ein höherer Kostendeckungsgrad an der Schlachte und der Tiefer erreicht wird und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, ihm bis Ende 2016 über die erfolgten Maßnahmen und deren Ergebnisse zu berichten; bei den einzelnen Maßnahmen soll auch die Möglichkeit umsatz-/gewinnabhängiger Liegegebühren in Erwägung gezogen werden.“
3. **Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

- keine Vorlagen -
4. **Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**
 - 4.1. **Produktgruppe 21.01.01 Schulen der Primarstufe**
hier: Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.564.700 € für den Ausbau der Ganztagschule Karl-Lerbs-Straße zur Vierzügigkeit
- Vorlage 19/38 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2015 „Schulen des Primarbereichs“ bei der Haushaltsstelle 3210/722 39-3, Ausbau der Ganztagschule Karl-Lerbs-Straße zur Vierzügigkeit, einstimmig der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.564.700 Euro zu.

Zum Ausgleich für die zusätzlich erteilte Verpflichtungsermächtigung darf die im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2015 „Allgemeines“ (Bereich Finanzen) bei der Haushaltsstelle 3995/790 10-5, Investitionsreserve, global veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe nicht erteilt werden.

4.2 Produktgruppe 21.01.17 Oberschulen

hier: Erteilung veranschlagter Verpflichtungsermächtigungen für Schulbaumaßnahmen

- Vorlage 19/39 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Erteilung veranschlagter Verpflichtungsermächtigungen mit folgenden Abdeckungsjahren zu:

		Erteilung	Abdeckung 2016	Abdeckung 2017	Abdeckung 2018
		- Tsd. € -			
3218/722 20-1	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee	3.650	1.650	2.000	
3218/722 22-8	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule im Park	300	300		
3218/722 23-6	Um- und Erweiterungsbauten an der Neuen Oberschule	1.048	54 8	500	
3218/722 26-0	Um- und Erweiterungsbauten an der Oberschule an der Egge	4.547	2.300	1.247	1.000
Insgesamt		9.545	4.798	3.747	1.000

4.3 Anmietung neuer Verwaltungsstandorte im Rahmen des Dritten Sofortprogramms zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

- Vorlage 19/40 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie der Stimme des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und gegen die Stimme des Abgeordneten Herrn Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen) der Erteilung der in der Anlage zur Vorlage 19/42 L beigefügten VE-Anträge zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

4.4 Produktplan 81 Häfen
Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung
hier: SV Hafen; Bremische Hafeneisenbahn
Mehrkosten für die Erweiterung der Vorstellgruppe Imsumer Deich
- Vorlage 19/41 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt von den Mehrkosten des Projektes Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig die Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3801 / 884 22-8 „An das SV Hafen für Investitionen“ in Höhe von 5,36 Mio. €. Die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt in den Jahren 2016 in Höhe von 2,26 Mio. € und in 2017 in Höhe von 3,1 Mio. €.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet um Vorlage von Berichten gemäß der in der WU-Übersicht aufgeführten Kriterien und Zeitpunkte.

4.5 Mehrbedarfe für gesetzlich notwendige Aufgaben im Produktplan
Arbeit für das Haushaltsjahr 2015
Nachbewilligungen in Höhe von insgesamt 1.100.000 Euro
- Vorlage 19/50 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.3, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Stimme des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) sowie der Stimme des Abgeordneten Herrn Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den in der Anlage 2 zur Vorlage 19/43 L beigefügten Nachbewilligungsanträgen in Höhe von insgesamt 1.100 Tsd. Euro zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Bericht über die Ergebnisse des Konzeptes „Optimierung der Verkehrsüberwachung“
- Vorlage 19/42 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis

90/Die Grünen, der FDP, der Stimme des Abgeordneten Herrn Rupp (DIE LINKE) sowie der Stimme des Abgeordneten Herrn Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen) bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU den in der Anlage 2 zur Vorlage 19/43 L beigefügten Nachbewilligungsanträgen in Höhe von insgesamt 1.100 Tsd. Euro zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

5.2 Personalbericht 2015

hier: Jahresbericht zur Personalstruktur und zu den Personalausgaben mit den Daten der Jahre 2013 und 2014

- Vorlage 19/49 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Personalbericht 2015, Jahresbericht zur Personalstruktur und den Personalausgaben mit den Daten der Jahre 2013 und 2014, sowie die gesonderte Darstellung der Fluktuation nach Personalgruppen zur Kenntnis.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Bericht über erhöhte Baustandards im Hochbau und daraus resultierende Mehrkosten

- Vorlage 19/43 S

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht über erhöhte Baustandards im Hochbau und daraus resultierende Mehrkosten zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 37 der Auftragsliste als erledigt an.

6.2 Ehemaliges Schulgebäude am Sattelhof

- Vorlage 19/44 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zum ehemaligen Schulgebäude am Sattelhof zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 38 der Auftragsliste als erledigt an.

7. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

1. **Nachbewilligung zugunsten des Kunstvereins e. V.
hier: Verwendung von Citytaxmehreinnahmen
- Tischvorlage -**

Abg. Herr Eckhoff kritisiert, dass diese Vorlage mit einem solch brisanten Inhalt den Ausschuss erst als Tischvorlage unmittelbar vor der Sitzung erreicht. Insbesondere das Datum des Nachbewilligungsantrags mache deutlich, dass der maßgebliche Sachverhalt bereits im September 2015 bekannt war. Zukünftig erwarte er, über eine derartige Vorlage mindestens telefonisch vorab in Kenntnis gesetzt zu werden.

Herr Kindscher erklärt zur Vorlage, die Kunsthalle unterliege einer jährlichen institutionellen Förderung. Dabei liege der finanzielle Bedarf des Kunstvereins in diesem Jahr um einen Betrag von 200.000 Euro über dem institutionellen Anschlag. Das Ressort beabsichtige nun, diesen Mehrbedarf durch eine Nachbewilligung zugunsten des Kunstvereins auszugleichen, dessen Deckung aus Mehreinnahmen aus der Citytax erfolgen solle. Diesen Maßnahmen habe die Fachdeputation bereits im April 2015 zugestimmt. Eine Umsetzung dieser Maßnahme war jedoch von der tatsächlichen Realisierung der Citytaxmehreinnahmen abhängig, die erst nun eingetreten sei. Mit der Nachbewilligung könne das gegenwärtig bestehende Liquiditätsproblem des Kunstvereins gelöst und ein Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2015 testiert werden.

Abg. Frau Dr. Schierenbeck fragt nach dem Inhalt und dem Stand des angekündigten finanziellen Zukunftskonzepts.

Herr Kindscher antwortet, das Zukunftskonzept befasse sich inhaltlich mit dem Kunstverein und befinde sich derzeit noch in der Erarbeitungsphase, werde aber spätestens zu den Haushaltsberatungen 2016/2017 vorgestellt.

Abg. Herr Dr. Buhlert führt aus, dass die FDP-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen könne. Grund hierfür sei jedoch nicht die Mittelverwendung, sondern die Mittelherkunft aus der Citytax.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der Stimme des Abgeordneten Leidreiter (ALFA-Gruppe-

Bremen) bei Enthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) und gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der FDP der Nachbewilligung in Höhe von 200Tsd. € bei der Hst. 3270/686 11-6, Zuschuss an den Kunstverein e. V. zulasten von Citytax Mehreinnahmen zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Senator für Kultur, zur Sitzung am 20.November 2015 zusammen mit dem testierten Wirtschaftsplan 2015 darzustellen, welche Zahlungen aus welchen Haushaltstiteln bereits an den Kunstverein geflossen sind.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Senator für Kultur, das angekündigte finanzielle Zukunftskonzept zu den Haushaltsberatungen 2016/2017 vorzulegen.

(Schluss des öffentlichen Teils um 16.10 Uhr.)

Nicht öffentlicher Teil

Abg. Herr Eckhoff eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 16.31 Uhr.

III. Initiativen des Senats

2. (Controlling-) Berichte

IV. Verschiedenes

- keine Vorlagen -

(Schluss der Sitzung 16.34 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender